

Bern, 9. Februar 2014

Medienmitteilung

« Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache » mit 69,8% abgelehnt Stimmvolk setzt deutliches Signal für die Fristenregelung

Die Initiative « Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache » ist vom Volk mit 69,8% der Stimmen deutlich abgelehnt worden. Das überparteiliche Komitee gegen die Initiative begrüsst diesen klaren Entscheid für die Fristenregelung, deren integraler Bestandteil die Finanzierung des Schwangerschaftsabbruchs durch die Grundversicherung ist. Der Entscheid ist ein Zeichen für die starke gesellschaftliche Verankerung der Fristenregelung und des Solidaritätsprinzips in der Krankenversicherung sowie für die Qualität der medizinischen Leistungen, die nicht vom Portemonnaie abhängig sein soll.

Die BefürworterInnen der Initiative « Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache » haben argumentiert, dass die Abschaffung der Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen durch die obligatorische Grundversicherung zu deutlichen Kostensenkungen im Gesundheitswesen sowie zu einer Senkung der Anzahl Schwangerschaftsabbrüche führen würde.

Unglaubliche Argumente der Initiativ-BefürworterInnen

Das überparteiliche Komitee « Nein zum Angriff auf die Fristenregelung » ist sehr erfreut, dass die Schweizer Stimmbewölkerung diese unglaublichen Argumente durchschaut und deutlich verworfen hat. Die Schweiz verfügt über eine der tiefsten Raten an Schwangerschaftsabbrüchen in Europa, weil der Zugang zu Prävention, Beratung und guten medizinischen Leistungen für alle durch die Fristenregelung garantiert ist.

Keine Gefährdung der bewährten Fristenregelung

Im Gegenteil hätte ein Ja zur Initiative zu einer faktischen Bevormundung der betroffenen Frauen, der Verschlechterung medizinischer Leistung, weniger Rechtssicherheit und zu einer Entsolidarisierung im Gesundheitswesen geführt. Der deutliche Entscheid zeigt, dass die Fristenregelung zusammen mit der jetzigen Finanzierungsform ihre breite Unterstützung in der Gesellschaft hat. Somit bleiben auch in Zukunft das Selbstbestimmungsrecht der Frauen, die Qualität der medizinischen Leistung sowie die Solidarität als Grundprinzipien gewahrt.

Link: <http://www.nein-angriff-fristenregelung.ch>

Kontakt:

- › Christa Markwalder, Nationalrätin FDP.Die Liberalen, 079 222 52 80
- › Yvonne Feri, Nationalrätin und Präsidentin SP Frauen, 079 781 20 43
- › Kathrin Bertschy, Nationalrätin GLP, 078 667 68 85
- › Babette Sigg Frank, Präsidentin CVP-Frauen, 076 373 83 18
- › Katharina Prelicz Huber, Präsidentin Grüne Frauen, 076 391 79 15
- › Bernhard Guhl, Nationalrat BDP, 079 337 80 50